

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 387 Anfrage Birrer Martin und Mit. über die Gewässerverschmutzung aufgrund von Entlastungen von Kläranlagen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die vorliegende Anfrage A 387, das [Postulat P 393](#) von Hanspeter Bucheli über den Phosphoreintrag durch Abwässer aller Art in die Luzerner Gewässer, das [Postulat P 407](#) von Bernadette Rüttimann über die Berechnungen der Phosphoreinträge in den Luzerner Mittellandseen sowie die [Anfrage A 402](#) von Sandra Meyer-Huwyler über Mikroverunreinigungen im Gewässer wurden als Paket behandelt. Die einzelnen Kantonsratsprotokolle sind unter dem jeweiligen Vorstoss zu finden. Martin Birrer ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Martin Birrer: Vier ähnliche Vorstösse, zwei Postulate und zwei Anfragen, beide Postulate werden erheblich erklärt und mit den Antworten auf die Anfragen sind die meisten auch zufrieden – eitel Freude also. Doch dem ist nicht ganz so. Die Phosphoreinträge in den Gewässern sind zu hoch. Die Schuldigen sind gefunden. Die Landwirtschaft gehört dazu. Doch die Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten ihre Hausaufgaben gemacht und ist immer noch daran. Die Phosphoreinträge sind markant gesunken und wir haben grosse Verbesserungen erzielt. Auf der Anklagebank sitzen beim Thema Verunreinigung von Gewässern wir alle. Denken Sie nur daran, wenn Sie beim nächsten Mal einem Raucher zuschauen, der seinen Zigarettenstummel in den nächsten Gully wirft. Ein einziger Zigarettenstummel kann einen Liter Wasser so stark mit Giftstoffen verunreinigen, dass es für Wasserorganismen tödlich ist. Die meisten denken jetzt, wir haben eine Kläranlage und dort nimmt man ja alles raus. Dem ist nicht leider nicht immer so. Wir haben immer noch kein funktionierendes Trennsystem und bei starkem Regen werden unsere Kläranlagen und Vorfluter so stark überlastet, dass diese die Tore öffnen müssen. Dabei gelangen Regenwasser und Abwasser ungereinigt in die Gewässer. Das heisst nicht nur Mikroverunreinigungen, sondern auch Abwasser, sprich Fäkalwasser. Wir alle müssen uns bewusst sein, dass das nur schon bei der grossen Kläranlage in Emmen gut 100 Mal pro Jahr der Fall ist und das Wasser in die Reuss fliesst. Die Antworten auf die Vorstösse sind sicherlich korrekt, doch auch verniedlicht. Das gilt auch für den Phosphoreintrag: Die Aussage, dass das Öffnen der Schleusen der Kläranlagen nicht so schlimm ist, weil das verunreinigte Wasser durch viel Meteorwasser verdünnt wird, stimmt schlicht weg nicht. Der grosse Teil des Phosphors ist in der Festmasse. Zudem sprechen wir hier immer nur über die Mittellandseen, doch wir sollten auch über die Fliessgewässer sprechen. Die Fliessgewässer interessieren uns

aber nicht, weil sie zum Nachbarn fließen. Schlussendlich haben die vier Vorstösse gezeigt, dass der Kanton sensibel auf das Thema reagiert und Lösungen sucht – aber das müssen wir alle auch.

Simon Howald: Vor uns liegt ein Paket mit vier Vorstössen, die gemeinsame Aspekte haben. Nicht nur inhaltlich überschneiden sie sich, sondern auch in Bezug auf die Beweggründe. Die GLP-Fraktion stellt fest, dass die vorliegenden Vorstösse grundsätzlich mehr Transparenz fordern. Ausserdem stellen wir bei diesem Thema ein fehlendes Vertrauen gegenüber dem Regierungsrat und der kantonale Verwaltung fest. Die GLP-Fraktion ist erfreut darüber, dass dieses Thema für alle Fraktionen von Interesse ist. Alle wollen intakte Ökosysteme und saubere Seen, aber auch die vollständige und transparente Offenlegung der Berechnung der Phosphorfrachten. Grundsätzlich dürfen wir festhalten, dass sich die Wasserqualität der Mittellandseen Baldegger-, Hallwiler- und Sempachersee seit den 1980er-Jahren stark verbessert hat. Nichtsdestotrotz sind die Zielwerte bei weitem noch nicht erreicht. Noch immer muss eine kostspielige künstliche Belüftung der Seen eingesetzt werden. Im Weiteren zeigen uns die heutigen Erkenntnisse auf, dass der grosse Teil des Phosphoreintrags aus der Landwirtschaft und der kleinere Teil aus den Abwasserreinigungsanlagen sowie den Entlastungsbauwerken der Siedlungsentwässerung stammen. Aus Sicht der Grünliberalen müssen wir in allen Bereichen Fortschritte erzielen – im Sinn von: Das eine tun und das andere nicht lassen. Zur vorliegenden Anfrage: Die Grünliberalen begrüssen die Überarbeitung der generellen Entwässerungspläne. Wo möglich, soll das Trennsystem eingeführt werden. Ausserdem soll die Öffentlichkeit regelmässig über den Zustand der Gewässer informiert werden. Eine Publikation auf der Webseite reicht in diesem Fall nicht aus.

Hanspeter Bucheli: In der Anfrage A 402 wird in Frage 6 nach der Mikroverunreinigung gefragt. Im Zusammenhang mit den Messungen des Bundesamtes für Umweltschutz (Bafu) soll es auch über die Luzerner Gewässer einen neuen Bericht geben, der noch nicht veröffentlicht wurde. Dieser Bericht soll zu gegebener Zeit veröffentlicht werden. Es wäre eine Chance gewesen, diese Zahlen zu präsentieren. Ich verstehe nicht ganz, weshalb das nicht getan wurde. Dieses Verhalten stärkt das gegenseitige Vertrauen nicht wirklich. Die Regierung beantragt die Erheblicherklärung des Postulats P 393. Auf das Hauptanliegen, nämlich die Finanzierung mittels Einwohnergleichwert, will sie aber nicht eingehen, weil die Modellierung der einzelnen Entlastungsbauwerke die bessere Methode sei. Ich kann dieses Argument verstehen und auch nachvollziehen. Mein Anliegen wäre aber, dass man die Finanzierung mittels Einwohnergleichwert als Plausibilisierung parallel dazu beiziehen sollte. Der Aufwand wäre nicht sehr gross und würde das gegenseitige Vertrauen und Verständnis stärken. Alles in allem bin ich überzeugt, dass mit allen bestehenden Massnahmen im Gewässerschutzbereich und den angedachten Weiterentwicklungen eine weitere und merkliche Verbesserung der Wasserqualität herbeigeführt wird, wenn alle Beteiligten etwas dazu beitragen.

Korintha Bärtsch: Es ist schon interessant, wenn gleich vier Vorstösse aus drei unterschiedlichen Parteien zum gleichen Thema vorliegen und das Narrativ der Kläranlagen zum Thema machen. Ich möchte doch noch ein paar Worte über unser Erstaunen verlieren. Das Fokuslegen auf die Kläranlagen bei den Mittellandseen ist doch etwas speziell. Martin Birrer hat erklärt, dass die Landwirtschaft ihre Hausaufgaben gemacht hat und bereits Erfolge nachweisen konnte. Trotzdem bleibt der Phosphoreintrag in die Mittellandseen vorhanden, das können wir nicht abstreiten. Wir streiten nicht ab, dass die Kläranlagen auch ihren Teil dazu beitragen. Deshalb finden wir auch, dass es eine gesamtheitliche Betrachtung braucht. Damit es weiter geht, ist die Zusammenarbeit aller Stellen notwendig. Den Vorwurf, den man

aus dem Postulat P 407 herauslesen kann, finden wir etwas schwierig. Man liest daraus, dass der Kanton mit völlig veralteten Zahlen gearbeitet hat und eigentlich gar nicht so recht weiss, was er tut. Diesen Vorwurf weisen wir zurück. Wir finden, dass die Arbeit des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) in eine gute Richtung geht und gut ist. Uns überrascht, dass plötzlich die Kläranlagen im Fokus stehen. In der Landwirtschaft läuft es bereits gut, aber bei den Kläranlagen nicht, vor allem bei den Mittellandseen. Die Siedlungsentwässerung und der Gewässerschutz sind nicht erst seit vorgestern ein Thema, sondern seit Jahren. Das Gewässerschutzgesetz ist seit 1979 in Kraft und die Siedlungsentwässerung und den Generellen Entwässerungsplan (GEP) gibt es auch schon lange. Die Umweltbeobachtung ist in diesem Bereich extrem wichtig, damit wir wissen, in welchem Zustand sich unsere Ökosysteme und Gewässer befinden. Die Umweltbeobachtung ist der erste Punkt, bei dem Sie sparen, wenn wir sparen müssen. Aber auch wenn wir nicht sparen müssen und das notwendige Geld hätten, aber Sie finden, dass wir sparen müssen, wie beispielsweise letzte Woche. Die Umweltbeobachtung ist in dieser Sache, wenn es um den Gewässerschutz geht, extrem wichtig. Zu den Massnahmen in Kläranlagen, um Phosphor und Stickstoff herauszufiltern oder weitere Aufgaben wie Phosphorrecycling aus dem Abwasser, das der Bund vorschreiben wird, aber noch nicht gemacht wird: Ich würde mich freuen, wenn diese Massnahmen und die Regenwasserbecken im ganzen Kanton umgesetzt und gemacht werden müssten, auch wenn das sehr teuer wird. In diesem Bereich hat es unserer Meinung nach noch Luft nach oben. Wir möchten Sie daran erinnern, dass wir bei der Umweltbeobachtung nicht mehr sparen und für die Siedlungsentwässerung und den Gewässerschutz die notwendigen Ressourcen einsetzen sollten.

Sara Muff: Das Postulat P 393 fordert eine transparente Import- und Exportbilanz für Phosphor aus Abwässern, insbesondere im Einzugsgebiet des Sempacher- und Baldeggersees. Das ist unterstützenswert. Wir wissen, dass die Seen trotz jahrzehntelanger Sanierungsmassnahmen immer noch überdüngt sind. Der Anteil aus den Siedlungsabwässern ist relevant. Mit einer sauberen Bilanz können wir fundiert entscheiden, wo wir weiter ansetzen müssen. Daher stimmt die SP-Fraktion dem Postulat P 393 zu. Etwas anders sieht es beim Postulat P 407 aus, welches die Gesamtmethodik zur Berechnung der Phosphorfrachten grundsätzlich extern überprüfen lassen möchte. Die heutigen Modelle berücksichtigen aber bereits die Siedlungsabwässer, die Kläranlagen und die Zuflüsse aus der Landwirtschaft. Im Postulat P 407 geht es aber primär um die Abwasser und die Siedlungsentwässerung. Der Vorstoss suggeriert, dass vor allem die Siedlungsgebiete zu wenig einbezogen werden und verschiebt so den Fokus einseitig auf die Abwasserseite. Nun sollten wir Gelder für die externe Überprüfung dieser Methodik und das Konzept zur Erhebung der Phosphorfrachten in die Hand nehmen. Die Verursachenden kennen wir aber, und das ist nicht nur die Siedlungsentwässerung, sondern auch die Landwirtschaft. Das bestätigt auch Agroscope. Daran wird sich auch bei einer weiteren Erhebung im Grundsatz nichts ändern. Weiter müssen wir für die Umsetzung im Budget Geld einstellen. Dieses Geld stammt aus dem gleichen Budget, wie das Geld für viele wichtige Massnahmen für die Biodiversitätsförderung, Klimamassnahmen usw. Weil dieses Budget von Ihrer Seite gedeckelt wurde, ohne gleichzeitig unsere Planungsberichte zu schützen, die auch über das Budget laufen, ist es für uns ein weiterer Faktor, der gegen diesen Vorstoss spricht. Wir wissen aber alle: Wenn wir über gesunde Seen sprechen, dürfen wir nicht die eine Quelle beleuchten und die andere ausblenden. Eine ausgewogene Gewässerschutzpolitik braucht Transparenz über alle Eintragsquellen, Abwasser und Landwirtschaft gleichermassen. Deshalb können wir der Erheblicherklärung des Postulats P 407 nicht zustimmen. Die Bevölkerung hätte gerne sauberes Wasser und keine heisse Kartoffel, die man sich gegenseitig versucht zuzuschieben.

Sandra Meyer-Huwyler: Die SVP-Fraktion stimmt bei beiden Postulaten der Erheblicherklärung zu. Zum Postulat P 393 von Hanspeter Bucheli: Wir finden es wichtig, dass bereits heute ein entsprechendes Protokoll begonnen hat, auch in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, um die Phosphor-Hotspots im Bereich der Entlastungsbecken zu eruieren, sodass ein Gesamtblick auf das Ganze erfolgt. Die Nährstoffflüsse der Landwirtschaft sind uns bereits ziemlich detailliert bekannt. Wenn im Siedlungsraum vergleichbare Daten erhoben werden könnten, führt das zu einer guten Grundlage. Es wäre von Vorteil und wünschenswert, dass die im Postulat geforderte Bilanzierung mittels Einwohnergleichheit berücksichtigt würde. Dadurch könnte das kantonale Modellierungsprojekt sinnvoll ergänzt werden, sodass ein besseres Gesamtbild entstehen würde. Vielleicht kann die Regierung diesbezüglich ein Auge zudrücken. Zum Postulat P 407 von Bernadette Rüttimann: Auch hier ist es wichtig, dass die Grundlagen an die aktuellen Verhältnisse in Bezug auf die Siedlungsstruktur angepasst werden. Wie ein Blick auf das Einzugsgebiet Hochdorf zeigt, hat dort das Bevölkerungswachstum innerhalb der letzten 45 Jahre um 65 Prozent zugenommen. Ich nehme an, dass das Bevölkerungswachstum in anderen Gebieten ähnlich ist. Zur Anfrage A 401 von Martin Birrer: Wir sind erstaunt über die Antwort der Regierung zu Frage 2, dass man nicht beziffern kann, wie gross die Menge der Phosphorfrachten aus den Siedlungsgebieten ist, die gar nie in die Abwasserreinigungsanlagen (ARA) gelangt. Heute wird so viel gemessen, untersucht und saniert. Die restlichen Antworten nehmen wir so zur Kenntnis. Auch in Zukunft ist es wünschenswert, dass alle Beteiligten, das heisst die Landwirtschaft, die Gemeinden und auch die Bevölkerung gut zusammenarbeiten und Lösungen finden ohne Schuldzuweisungen zu machen, denn jeder ist Teil des Ganzen. Auch soll neutral, offen und transparent informiert und eine wertschätzende Gesprächskultur geführt werden. Geschätzte Anwesende, seien Sie stolz auf die einheimische Landwirtschaft. Sie ist vielfältig und produziert tagtäglich Ihr Brot.

Marc Horat: Wenn man die vier Vorstösse und die Antworten liest und den einzelnen Voten zuhört, entsteht der Eindruck, als ob es nicht klar wäre, woher der grösste Teil des Phosphors stammt. Es wird gefragt, ob die Einträge aus Kläranlagen und Siedlungen unterschätzt würden, die Situation sei komplex, es gebe viele Quellen und man müsse das noch besser analysieren. Aber, diese Analyse liegt bereits vor, und zwar sehr ausführlich. Mit dem Phosphorprojekt des Kantons Luzern verfügen wir über eine gründliche, wissenschaftliche Basis. Der Forschungsbericht zeigt klar, dass die Landwirtschaft den mit Abstand grössten Anteil an den Phosphoreinträgen in unsere Seen hat. Nicht die Kläranlagen, nicht die Siedlungen, nicht der Seegrund, sondern die Abschwemmungen von Gülle und Dünger aus der Fläche. Das bestätigt auch Agroscope, also keine linke Umweltschutzorganisation, sondern die landwirtschaftliche Fachinstanz des Bundes. Agroscope sagt, dass die Phosphoreinträge aus der Landwirtschaft jene aus den Siedlungen um ein Mehrfaches übersteigen. Deshalb können wir nicht akzeptieren, dass hier versucht wird, das Narrativ zu verschieben und alles, was ein wenig mit Phosphor zu tun hat, gleich grosser Teil des Problems sein soll, aber nicht schuld daran ist. Das ist weder ehrlich noch effizient und auch nicht konsequent. Es gibt auch Einträge aus anderen Quellen, aber diese sind sekundär und ihre Hebel sind viel kleiner. Das zeigen Arbeiten zu diesem Thema. Das heisst natürlich nicht, dass in diesen Bereichen nichts getan werden soll, aber die Empfehlungen sind klar. Gerade nach der Budgetdebatte von letzter Woche wäre es definitiv nicht gut investiertes Geld und würde die verfügbaren und von Kürzungen bedrohten Personalressourcen der Verwaltung noch mehr verknappen als jetzt schon. Wenn man die Wasserqualität ernst nimmt und nachhaltig verbessern will, dann muss man ehrlich sein und dort ansetzen, wo das Problem am grössten ist. Das heisst, den Tierbestand in den Griff

bekommen, die Nährstoffbilanzen ehrlich ausweisen und überwachen – was ich mit einem Vorstoss fordere –, die Dünger präziser und effizienter einsetzen und die im Phosphorprojekt vorgeschlagenen Massnahmen umsetzen. Es ist aber auch klar, dass sehr viele Landwirtinnen und Landwirte diesbezüglich bereits heute sehr gute Arbeit leisten, das zeigen die seit Jahren sinkenden Einträge. Das reicht aber noch nicht, denn wir verpassen die gesetzten Ziele. Ich möchte das Gespür dafür schärfen, was hier gerade politisch passiert: Es geht darum, die Landwirtschaft aus der Verantwortung zu ziehen und die Phosphordebatte auf vermeintlich neutrale Füsse zu stellen, um die eigene Wählerschaft nicht zu ärgern. Das dient aber weder unseren Seen noch der Glaubwürdigkeit unserer Umweltpolitik und anerkennt auch die Leistungen der vielen Landwirtinnen und Landwirte nicht, die sich seit Jahren für eine Verbesserung der Situation einsetzen.

Benno Ineichen: Marc Horat, die Nährstoffbilanz wird überprüft, wir müssen diese jährlich einsenden. Im Seeeinzugsgebiet des Baldeggersees dürfen wir maximal 80 Prozent des Phosphors und maximal 100 Prozent des Stickstoffs düngen. Das wird überprüft und wenn wir es nicht erfüllen, müssen wir dafür bezahlen. Es ist eine Lüge zu sagen, dass keine Überprüfung stattfindet und ein Misstrauensvotum gegenüber der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa). Als ich ein junger Bauer war, betrug die Phosphormenge im Baldeggersee 60 Milligramm. Ich musste damals erleben, wie in der Badi Baldegg tote Fische im See trieben. Gottseidank ist das nicht mehr so. 1999 gab es im Sempachersee und 2000 im Baldeggersee Phosphorprojekte mit dem Zielwert von 40 Milligramm. Diesen Zielwert haben wir 2007 erreicht. Damals hat man festgestellt, dass dieser Wert nicht ausreichend ist, und so wurde er auf 30 Milligramm angepasst. Auch diesen Wert haben wir einige Jahre später erreicht. Mittlerweile lautet der Zielwert 15 Milligramm, also viel weniger als damals im ersten Projekt beschlossen. Wir befinden uns aktuell bei 17 oder 18 Milligramm. Interessanterweise ist der Zustand des Baldeggersees mittlerweile besser als jener des Hallwilersees, obwohl das schmutzige Wasser des Baldeggersees in den Hallwilersee fliesst. Erklären kann das laut der Lawa bis heute niemand. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass wir maximal 80 Prozent des Phosphors düngen dürfen. Ich habe seit 30 Jahren eine Ökofläche auf meinem Hof. Bodenproben dieser Fläche zeigen, dass sie sich nicht im unterversorgten Bereich befindet. Im Boden kommt Phosphor vor, der nicht wasserlöslich aber stabil ist. Der SP-Fraktion gehören genügend Biologen an, um mit ihnen über diese Frage zu diskutieren. Es stimmt einfach nicht, dass die Landwirtschaft für die Überdüngung verantwortlich ist. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis. Sie können zudem den Projektbericht der ARA Seetal lesen. Nach dem Bau der ARA Seetal sollte es zu einer Phosphorreduktion von 10 bis 20 Prozent kommen. Bedingung ist aber der Bau der Ausgleichsbecken.

Hanspeter Bucheli: Zum Votum von Marc Horat: Er macht trotz der Erwähnung von wissenschaftlichen Berichten mindestens zwei Denkfehler: Erstens, dass der Tierbestand einen direkten Einfluss auf den Phosphorgehalt im See hat. Das war früher so, als alle Gülle einfach aufs Feld geführt wurde. Diese Zeiten sind schon lange vorbei, denn der Hofdünger muss bilanziert werden. Was überschüssig ist, muss bei einem Berufskollegen ausgeführt werden. Zweitens, der von der Landwirtschaft eingetragene Phosphoranteil enthält einen natürlichen Teil. Die Bäche würden also trotzdem Phosphor enthalten, auch wenn es keine Landwirte geben würde. Das ist ein Bilanzfehler. Beim See werden beispielsweise die atmosphärischen Einträge weggelassen. Es würde durchaus noch Verhandlungsspielraum bestehen, welche Einträge von der Landwirtschaft stammen und welche natürlich sind.

Thomas Alois Hodel: Mit Staunen habe ich gehört, dass die Phosphorquellen bekannt sind, aber wie viel davon aus den Siedlungen stammt ist unbekannt. Das widerspricht meiner Auffassung von seriöser Forschungsarbeit. Zudem wurde gesagt, dass die Landwirtschaft

ehrlich sein und das Phosphorproblem nicht kleinreden soll. Aber Sie machen genau das in Bezug auf den Phosphoranteil aus den Siedlungen. Martin Birrer hat in seinem Votum erklärt, dass die Schleusen der ARA Emmen an 100 Tagen pro Jahr geöffnet sind. Und wie oft werden in Luzern und anderen grösseren Orten mit Kläranlagen die Schleusen geöffnet? Deshalb muss anerkannt werden, dass ein grosser Teil des nachgewiesenen Phosphors von diesen Kläranlagen stammt. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass die Schleusen gerade während der letzten Tage geöffnet waren, als es so stark geregnet hat. Die Phosphorproben und damit die Bestätigung eines hohen Gehalts lassen sicher nicht lange auf sich warten. Es wäre interessant zu wissen, zu welchem Zeitpunkt die Phosphorproben jeweils entnommen werden.

Sara Muff: Wir haben mehrmals gehört, dass die Zahlen gesunken sind, das bestreiten wir ja nicht. Aber Fakt ist, dass es die Seebelüftungsanlage nach wie vor braucht. Zudem wird im «Projet Lac» nachgewiesen, dass es im See Regionen mit praktisch keinem Sauerstoff gibt. Scheinbar ist also doch nicht alles in Ordnung. Die Siedlungsentwässerung ist wichtig, deshalb stimmen wir dem Vorstoss auch zu. Unser Rat sollte aber eine sachliche Diskussion führen, sonst finden wir nie eine Lösung.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Bei den Debatten über dieses Thema wird es hier im Rat immer etwas emotional, heute ist es aber relativ ruhig geblieben. Ich glaube, dass es nicht darum geht, Schuldige zu suchen, sondern um eine möglichst hohe Wasserqualität der Mittellandseen und der Fliessgewässer. Diesbezüglich besteht Einigkeit: Wir wollen gemeinsam viel daran setzen, die Massnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität konsequent umzusetzen. Dazu gehören auch bessere und neue Kläranlagen, wie sie beispielsweise im Seetal realisiert werden sollen. Die Phosphorverminderung in der Landwirtschaft und der Industrie usw. gehört aber auch dazu, damit wir unsere Ziele erreichen. Auch wenn sich die Wasserqualität der Mittellandseen in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert hat, genügt das noch nicht. Benno Ineichen hat erklärt, wie sich die Zahlen verbessert haben. Das Wasserforschungsinstitut «Eawag» wiederum hat diese Zahlen ausgewertet. In der Zwischenzeit hat sich aber die Wissenschaft auch weiterentwickelt und ist zur Erkenntnis gelangt, dass die Massnahmen noch nicht ausreichen und weitergeführt werden müssen. Die Seen werden weiterhin belüftet, da verschiedene Einträge vorkommen. Während meinem Studium habe ich damals im Labor im Technikum in Horw gelernt: «Wer misst, misst Mist.» Das heisst, dass auch die Messungen über die Einträge aus der ARA oder der Landwirtschaft hochgerechnet werden und nach anerkannten wissenschaftlichen Methoden erfolgen. Ein Messsystem, das an jedem Punkt des Gewässers alles misst, könnten wir gar nicht bezahlen. Also muss man ein vernünftiges Messsystem einrichten und so versuchen wir dieses Messsystem weiterzuentwickeln, vor allem bei den Gemeinden. Die Verantwortung für die Kläranlagen und die Abwassersysteme liegt bei den Gemeinden. Es gibt tatsächlich immer noch viele Regenklärbecken und Hochwasserentlastungen. Ich war selbst Präsident eines ARA-Verbandes. Starker Regen war dort auch ein Thema. Das Wasser, das direkt in den Bach fliesst, ist stark verdünnt. Die Feststoffe bleiben in der Regel unten und das Wasser oben. Trotzdem muss man bei diesem Thema aber hinschauen. Deshalb sind wir uns sowohl in der Regierung als auch in meinem Departement einig, dass man diese verschiedenen Baustellen angehen muss. Am Schluss müssen wir aber gemeinsam Lösungen finden und alle Betroffenen müssen ihren Beitrag leisten. Deshalb suchen wir gemeinsam nach Lösungen, sowohl mit den Gemeinden, beispielsweise im Seetal, aber auch mit dem Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband. Auf diese Weise versuchen wir laufend einen Schritt vorwärtszukommen. Ich danke allen Beteiligten, die sich weiterhin dafür einsetzen.